

Vollbeschäftigung

Beinahe alle Arbeitswilligen sind entsprechend ihrer Ausbildung beschäftigt.



Geldwertstabilität

Gleichbleiben der Preise und Löhne von einem Jahr zum anderen.



Wirtschaftswachstum

Steigerung des realen BIP, der Wirtschaftsleistung eines Staates, von Jahr zu Jahr.



Gerechte Einkommensverteilung

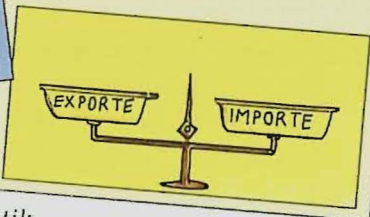
Die gerechte Verteilung des Einkommens ist abhängig von der Leistung der Beschäftigten und ihrer sozialen Lage. Beschäftigte mit niedrigem Einkommen zahlen weniger Steuern und erhalten höhere Sozialleistungen.



Wirtschaftspolitik

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Gleich hoher Import und Export von Gütern und Dienstleistungen.



Gesunde Umwelt

Keine Zerstörungen der Natur und möglichst geringe Belastungen für die menschliche Gesundheit.



M 1 Die Ziele der Wirtschaftspolitik

Aufgaben

1. Beschreibt die Ziele der Wirtschaftspolitik mit eigenen Worten (M 1).
2. Welche Ziele werden von den unterschiedlichen Interessenvertretungen (AK, ÖGB, IV, WKO, Konsumenten, Umweltschützer) besonders gefordert?
3. Wie beeinflusst die Wirtschaftspolitik der EU das Wirtschaftsgeschehen in Österreich?

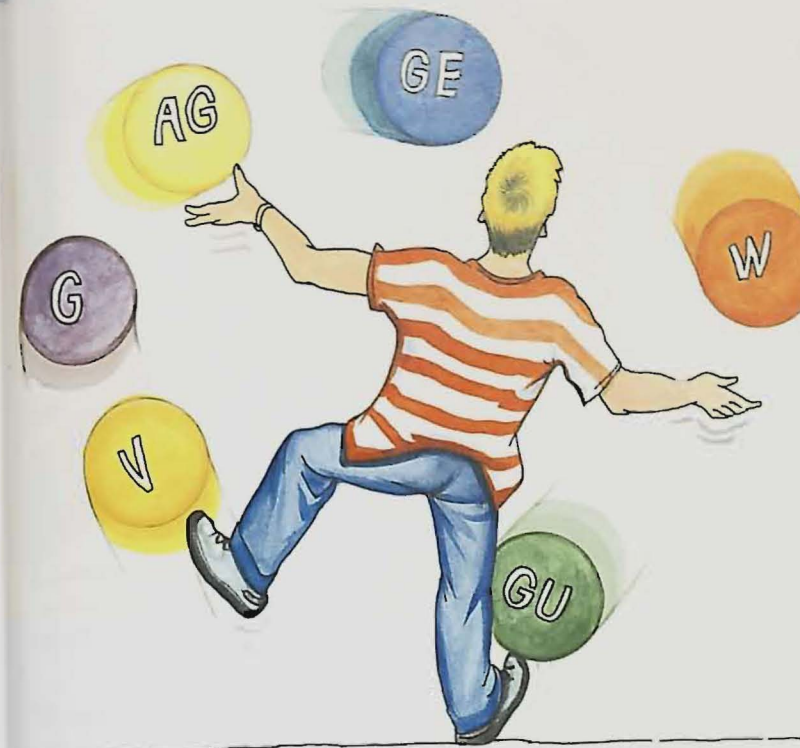
Wirtschaftspolitik: Was ist das? Wer macht sie?

Unter Wirtschaftspolitik versteht man alle Maßnahmen, die zum Ziel haben, den Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern bzw. zu erhöhen, wenn es die Wirtschaftslage erlaubt (M 1).

Wir alle haben die Möglichkeit, das Wirtschaftsgeschehen zu beeinflussen, das heißt, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Durchsetzen können wir uns aber nur dann, wenn wir einer großen Gruppe angehören und das Gleiche wollen. Ein Einzelner hat nur in Ausnahmefällen eine Chance, zum Beispiel wenn er sehr mächtig ist oder sehr viel Geld besitzt.

In Österreich betreiben Wirtschaftspolitik:

Bundesregierung, Parlament, Landesregierungen, Landtage, Gemeinden, Parteien, Interessenvertretungen wie AK, LWK, WKO, ÖGB, IV, große Vereine und große Unternehmen.



M 2 Wie die Bälle, so ist auch die Wirtschaft in Bewegung.

Unterschiedliche Ziele

Wie die Bälle beim Jonglieren, so ist auch die Wirtschaft dauernd in Bewegung. So wie kein Ball auf den Boden fallen darf, soll auch kein wirtschaftspolitisches Ziel ganz vernachlässigt werden (M 2).

Die sechs Ziele der Wirtschaftspolitik (M 1) werden nicht von allen Interessenvertretungen als gleich wichtig empfunden.

Es gibt Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Zielen. Wird ein Ziel stark gefördert, leidet oft die Erreichung eines anderen Zieles. Versucht man zum Beispiel ein großes Wirtschaftswachstum anzustreben, kann das auf Kosten einer gesunden Umwelt gehen. Wird andererseits die Umwelt verstärkt geschützt, kann es sein, dass Bauprojekte nicht durchgeführt werden und das Wirtschaftswachstum und die Vollbeschäftigung leiden.

Gemeinsames Wirtschaften im Binnenmarkt der EU

Die EU ist ein **Binnenmarkt**. Das bedeutet, dass alle Mitgliedstaaten nach gemeinsamen Regeln wirtschaften und fast alle eine gemeinsame Währung, den EURO, haben. Daher wachsen die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten immer mehr zu einer Volkswirtschaft zusammen.

Die EU beeinflusst das Wirtschaftsgeschehen in Österreich sehr stark. Wie alle anderen Mitgliedstaaten wirkt Österreich am Zustandekommen der gemeinsamen EU-Beschlüsse aktiv mit. Die Grundlage des Binnenmarktes bilden die „Vier Freiheiten“ (M 3).

Binnenmarkt

ist ein Wirtschaftsgebiet von mehreren Staaten, die eine gemeinsame wirtschaftliche Außengrenze haben, gemeinsam Gesetze beschließen und eine gemeinsame Währung haben.



Freier Personenverkehr

Zum Beispiel: keine Grenzkontrollen; freie Wahl von Wohnsitz, Arbeitsplatz und Studienort



Freier Dienstleistungsverkehr

Zum Beispiel: Jedes Dienstleistungsunternehmen darf in allen Mitgliedstaaten tätig sein (Versicherungen, Verkehrswesen, Nachrichtenwesen ...).



Freier Warenverkehr

Zum Beispiel: keine Zölle und Zollkontrollen; gegenseitige Anerkennung von Vorschriften der Mitgliedstaaten



Freier Kapitalverkehr

Zum Beispiel: die Möglichkeit, in allen Mitgliedstaaten Geld anzulegen und Besitz zu kaufen

M 3 Die „Vier Freiheiten“ innerhalb der EU